

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite	
Steuern oder Monopole	245	Sekretariat? — Von der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. — Der 1. Mai in Frankreich	248
Gesetzgebung und Verwaltung. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Handwerker der Preussisch-Pommerschen Eisenbahnwerkstätten	248	Aus Unternehmerkreisen. Die Forderungen gegen die Bergarbeiterforderungen	251
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Zur Eingliederung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. — Ein zweites Internationales Buchbinder-		Mitteilungen. Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge	252
		Literarisches. Neuer erschienene Bücher und Schriften	252

Steuern oder Monopole.

Die Erörterungen über die künftige Deckung der Kriegslasten nehmen in der Presse einen immer breiteren Raum ein. Der Wunsch, sie zurückhalten, möchte berechtigt sein, solange sich über das Verhältnis der zu deckenden Ansprüche zu den Möglichkeiten einer zu erlangenden Kriegsentschädigung ein sicheres Urteil nicht gewinnen ließ. Je länger sich indes der Krieg ausdehnt, je mehr Völker er in Mitleidenschaft zieht und dem wirtschaftlichen Ruin nahebringt, desto weniger ist an ausreichende Kriegsentschädigungen zu denken und in umgekehrtem Verhältnis wachsen die eigenen Lasten, die uns der Krieg auferlegt.

Schon vor dem Kriege hatte die Reichsschuld 5 Milliarden Mark nahezu erreicht*); ihre jährliche Verzinsung betrug bereits 1/2 Milliarde Mark. Der im Jahre 1913 beschlossene Wehrbeitrag von 1 Milliarde Mark, dessen Einbringung auf 3 Jahre verteilt werden sollte, enthub die Regierungen zunächst der Notwendigkeit weiterer Anleihevermehrung. Da kam der Krieg mit seinem gewaltigen Geldbedarf. In drei Tagungen hat der Reichstag Kriegskredite in Höhe von 5, 5 und 10, insgesamt 20 Milliarden Mark bewilligt, von denen etwa 1/2 oder 13 Milliarden Mark nutzbar gemacht worden sind. Daß der Rest bald gebraucht werden wird, darüber besteht ebenso wenig Zweifel, wie über die Notwendigkeit weiterer Kriegskredite, falls Italien sich den Feinden der Centralmächte anschließt. Bleiben wir zunächst bei diesen 20 Milliarden Mark, so erfordert allein deren Verzinsung eine jährliche Ausgabe von 1 Milliarde Mark. Ihre Tilgung wird weitere Aufwendungen in der gleichen Höhe voraussetzen. Dazu kommen die Pensionen für die Verwundeten, Invaliden und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer, die ja nach den Wünschen des Reichstages erhöht werden sollen. Man hat uns bereits die abenteuerlichsten Zahlen über die Höhe des notwendigen Pensionfonds genannt, auf die wir hier aus begründlichen Gründen nicht näher eingehen wollen. Aber daß diese Pensionen den Jahresbetrag von 1 Milliarde Mark übersteigen, darüber ist man sich völlig klar. Damit ist indes das

Konto der Kriegslasten noch keineswegs erschöpft. Es kommen hinzu die Entschädigungen der von der Kriegszerstörung betroffenen Landesteile, die Unterstützung, die nach Abschluß des Krieges durch längere Arbeitslosigkeit notwendig werden, und es wird auch mit der Wiederherstellung der Landesverteidigung zu rechnen sein. Bei alledem handelt es sich nur um Lasten, die auch ein erfolgreicher Ausgang des Krieges uns nicht erspart. Von einem Unterliegen der Centralmächte kann ja auch gar keine Rede sein.

Gegenüber dieser uns durch den Krieg erwachsenen Last, deren jährliche Höhe mit 3 Milliarden Mark (die Tilgung der Kriegsanleihe eingerechnet) eher zu niedrig geschätzt ist, steht die heute recht fiktive Möglichkeit, von den unterlegenen Mächten eine Kriegsentschädigung einzutreiben. Sie müßte schon jetzt, um den wirklichen Kriegsschaden auch nur annähernd zu decken, auf 50 Milliarden Mark taxiert werden. Wir bezeichnen diese Möglichkeit als eine fiktive, weil unsere Kriegsgegner, je länger der Krieg dauert, um so weniger in der Lage sein werden, uns den Kriegsschaden in bar zu ersetzen. Es bleibt dann der Ausweg, eine Entschädigung in mehr oder minder wertvollem Landenerwerb zu fordern, was unseren herrschenden Kapitalmächten sicherlich das Liebste sein wird, denn es erschließt ihnen neue Kapitalanlagen und ersichert dem Reiche die Abstoßung der Kriegsschuld, fesselt also das Reich desto fester an das Finanzkapital. In gleichem Verhältnis nachteilig gestaltete sich natürlich eine solche Lösung für das Interesse der deutschen Bevölkerung, denn diese müßte dann nicht bloß die Kriegslasten selbst decken, sondern obendrein für die Wiederherstellung, Erschließung und Verwaltung der erlangten Gebiete größere Mittel aufbringen und stände der erstarrten Kapitalistenklasse schulpfoser als je gegenüber.

Ist aber auf eine ausreichende Kriegsentschädigung heute weniger denn je zu hoffen, dann gewinnt die Frage um so mehr Interesse, wie man sich die Aufbringung der künftig erforderlichen Summen denkt. Daß die seitherigen Steuern nicht ausreichen, ist selbstverständlich. Selbst die Einkünfte des Wehrbeitrages, wenn er ständige Einrichtung bleiben sollte, würden nur den allerkleinsten Teil decken. Neue Steuern von der erforderlichen Ergiebig-

*) Nicht eingerechnet die unberginslichen Schatzanweisungen im Betrage von 120 Millionen Mark.

keit zu erfinden, dürfte auch sehr schwierig sein. Immerhin fehlt es schon heute nicht an Vorschlägen nach dieser Richtung hin. Sie scheiden sich in zwei Gruppen: die eine Gruppe will das Prinzip der Reichsteuern konsequent nach seitens einer allgemeinen Reichseinkommensteuer und nach stärkerer Heranziehung des Besitzes und Vermögenszuwachses erweitern, während die andere diejenigen Bevölkerungsschichten, die der Krieg geschont oder gar wirtschaftlich begünstigt hat, stärker belasten will.

Eine Reichseinkommensteuer mit stark progressiver Wirkung gegenüber den großen Einkommen wäre sicher der gerechte Modus der Besteuerung. Indes sind die herrschenden Klassen vor ihrer Einführung schon in den normalen Jahren vor dem Kriege zurückgeschreckt, und es läßt sich begreifen, daß zur Deckung der Kriegslasten ganz außerordentlich hohe Steigerungssätze nicht zu umgehen wären, wenn man auf andere Steuerquellen verzichten würde. Man hat solche indes gefunden in der Erweiterung der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer. Von Vermögenssteuern haben wir seither nur den einmaligen Wehrbeitrag, der auf drei Jahre verteilt, jährlich $\frac{1}{3}$ Milliarden Mark ergibt. Seine Verewigung würde, wie bereits gesagt, den Bedarf nur zum kleinsten Teile decken. Die Vermögenszuwachssteuer war für 1915 mit nur 100 000 Mk., die Erbschaftsteuer mit 50 Millionen Mark Einnahme angesetzt — Beträge, die für die erwachsenden Ansprüche kaum in Frage kommen. Die Vermögenszuwachssteuer müßte in ihrem Ertrage verzehnfacht, die Erbschaftsteuer verfünffacht werden, um neben den Erträgen der allgemeinen Reichseinkommensteuer die Kriegslasten zu decken.

Mehr Erfolg verspricht man sich von Steuern, die für die von den Kriegsfolgen sehr ungleich betroffene Bevölkerung einen gerechten Ausgleich schaffen sollen. Das alte Projekt einer Wehrsteuer taucht hierbei wieder auf in Form des Vorschlages, Steuerzuschläge denjenigen Staatsbürgern aufzuerlegen, die von der Einberufung verschont geblieben sind. Ein solcher Vorschlag fand schon in Friedenszeiten Zurückweisung mit der Begründung, daß von der tatsächlichen Erfüllung der Wehrpflicht nur die schwächlichen Männer ausgenommen sind, die auch wirtschaftlich nicht zu den begünstigten Kreisen gehören. Die lange Dauer des Krieges verschont indes auch die seither unausgebildeten Mannschaften nicht und läßt nur die über 45 Jahre alten Männer frei, die in der weitaus großen Wehrzahl am bittersten mit des Lebens Sorgen zu kämpfen haben. Eine solche Wehrsteuer wäre die schlimmste Ungerechtigkeit, zumal ja auch die nichteinberufenen Bürger dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht erfüllt haben, denn die wirtschaftliche Verteidigung des Reiches und die Erzeugung von Kriegsmaterial war nicht minder notwendig wie die Dienstpflicht in Heer oder Flotte.

Neben der Wehrsteuer ist während des Krieges ein anderer Vorschlag aufgetaucht, der sicherlich recht populär und auch aus Gesichtspunkten der öffentlichen Moral nicht zu verwerfen ist, nämlich die Besteuerung übermäßiger und unrechtmäßiger Kriegsgewinne. Daß während des Krieges, der Millionen von Einwohnern Gesundheit, Leben oder Gut, zum mindesten erhebliche Erwerbseinbußen kostet, enorme Gewinne gemacht worden sind, ist öffentliches Geheimnis. Nicht bloß Kriegslieferanten haben sich auf Kosten des Reiches

bereichert, — auch der Wucher mit Lebensmitteln, Liebesgaben und Rohmaterialien hat vielen zu unbedientem Wohlstand verholfen. Eine wenigstens teilweise Reklamation dieser Gewinne für die Gesamtheit, die die Kriegsoffer tragen muß, würde jeder sozialdenkende Staatsbürger gewiß billigen. Die Schwierigkeiten fangen indes bei der Durchführung an. Schon die Feststellung der Kriegsgewinne ist keine leichte Aufgabe. Sollen nur Unternehmer von dieser Besteuerung betroffen werden oder auch Angestellte und Arbeiter, die infolge des Krieges erhöhte Gehälter und Löhne verdienen konnten? Wie will man diese Leute aber für die vielleicht vorausgegangene Arbeitslosigkeit entschädigen? Beschränkt man sich auf die Unternehmer in Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel, so wird gegen deren Bestreben, diese Gewinne durch Bilanzverschleierungen verschwinden zu lassen, anzukämpfen sein. Auch die Unternehmer werden in den meisten Fällen mit Gegenrechnungen ihrer Kriegsschäden und -ausfälle aufwarten. Uebrigens ist der Weg zwischen Rohmaterial und Endprodukt ein so weiter und durch so viele Hände markierter, daß die Abwälzung der Verantwortung für die unerbildliche Bereicherung erleichtert, der eigentliche Schuldige aber um so schwerer fahbar ist. Der Streit zwischen Landwirten, Viehhandel und Fleischern um die Schuld an der Fleischverteuerung, zwischen Landwirten, Müllern, Mehlhandel und Bäckern wegen der Brotverteuerung, zwischen Konfektionären, Agenten, Zwischenhändlern und Schneidern um die Löhne für Militärbekleidung ist hierfür typisch.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die Neigung für eine starke Besteuerung der Kriegsgewinne so allgemein, daß mit der Verwirklichung dieses Vorschlages in allem Ernste gerechnet werden muß. Nur davor muß gewarnt werden, diese Gewinne etwa im Rahmen des bestehenden Vermögenszuwachssteuergesetzes zu erfassen, das nur eine Besteuerung von 0,75 bis 2,5 Proz. zuläßt. Solche zarte Rücksichtnahme ist gegenüber den Kriegsspekulanten, die es so getrieben haben, daß sie schließlich gefaßt werden, nicht angebracht. Da muß schon viel schärfer zugegriffen werden, weshalb sich ein Sondergesetz empfehlen würde. Ob eine solche Steuer freilich große Ergebnisse einbringt, das ist eine andere Frage. Uns scheint, daß die ganze Aktion bereits verpätet ist und daß sie gleich bei Beginn des Krieges, d. h. bei Aufnahme der großen Heereslieferungen und bei der Feststellung der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen hätte eingeleitet werden müssen. Nach dem Kriege gewinnt die Besteuerung der Kriegsgewinne bedenklich den Charakter einer Strafsteuer, und es wurde denn auch schon in der Erörterung dieses Vorschlages auf diese Konsequenz hingewiesen und davor gewarnt, wobei als das Richtiger bezeichnet wurde, sich auf die Ermittlung der unrechtmäßigen Kriegsgewinne zu beschränken und diese durch gerichtliches Verfahren zu konfiszieren. Dabei ginge wiederum der größte Teil der glücklichen Kriegsspekulanten ungeschmälert aus.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß wenig Aussicht besteht, die enormen Kriegslasten im Wege der Besteuerung auch nur zum kleineren Teile zu decken, und desto mehr richten sich die Blicke auf ergiebigeren Quellen zur Vermehrung der öffentlichen Einkünfte. Wo Steuern nicht ausreichen, greift man in der Regel nach Monopolen. Schon Bismarck hat mit dem Tabaksmopol gedroht und seine Nachfolger haben dieses Projekt nie ganz außer acht gelassen. Heute denkt man aber

schon an ganz andere Verstaatlichungsobjekte, die nicht allein mehr einbringen, sondern auch weit besser für die Uebernahme in den Staatsbetrieb vorbereitet sind als die in Zwergbetrieben zersplitterte Tabakindustrie. Und es ist charakteristisch, daß selbst liberale Manchesterpolitiker, wie der Abg. Dr. Pachnide, sich dem Monopolgedanken nicht mehr ganz entziehen können. Es sind denn auch schon vorbereitende Schritte zur Verstaatlichung der Zigarettenindustrie geschehen, indem ein deutsches Bankensortium die Aktien des etwa ein Viertel des ganzen deutschen Marktes beherrschenden Jasmabi-Trustes erworben hat.

Als zweites Monopolobjekt wurde das Versicherungswesen bezeichnet, dessen Entwicklung eine Höhe erreicht habe, die sie für eine Verstaatlichung als reif bezeichnen lasse. Und zwar komme sowohl die Lebens- und die sog. Volksversicherung als auch die Feuer- und Viehversicherung in Frage. Es ist charakteristisch, daß dieselbe Presse, die sich sonst nicht lobend genug über die staatliche Arbeiterversicherung - aussprechen kann, denselben Staat auf einmal nicht für fähig hält, das private Unternehmen in den übrigen Versicherungszweigen abzulösen, und selbst der Direktor des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung soll Bedenken gegen diese Uebernahme in Staatsbetrieb geäußert haben. Angeblich soll die Bureaucratie nicht beweglich genug sein, um das Versicherungswesen auf gleicher Höhe, wie der private Unternehmungsgeist es entwickelt hat, zu erhalten. Immerhin wird der Versicherungszwang für Vieh-, Feuer- und Unfall-schäden eine brauchbare Grundlage für den staatlichen Betrieb schaffen können und auch für die Lebensversicherung würden sich Modalitäten ausbilden lassen, die ein Zusammenwirken von staatlicher Leitung und Versicherten ermöglichen.

Neben diesen meistarörterten Monopolprojekten kommen aber zwei andere Gruppen weit ernstlicher in Betracht, sowohl aus Gründen der Einträglichkeit als aus öffentlichen Interessen. Das ist einmal die Gruppe der Bodenschätze und das andere Mal die Gruppe der Rüstungsindustrie.

Die Bodenschätze gelten nach deutschem Recht seit altersher als staatliches Eigentum. Bis zur Einführung der Bergbaufreiheit waren sie staatliches Regal; die Bergbaufreiheit hat daran nur insofern etwas geändert, als die Ausnutzung derselben durch staatlichen Akt verliehen wird. Reichlich sind die Erze und Kohlen, die Salze und Quellen und die Wasserkräfte staatliches Eigentum und können durch die Gesetzgebung jederzeit dem Staate zu eigener Verfügung und Ausnutzung zurückgegeben werden. Dieser Zeitpunkt ist aber jetzt gekommen, nachdem der Privatbetrieb Milliardengewinne aus den Bodenschätzen herausgeholt hat und weitere Milliardengewinne daraus erwartet. Die Technik der Ausbeutung hat heute eine Stufe erreicht, die kaum erheblich gesteigert werden kann. Die Konkurrenz ist durch Kartellierung eingeschränkt, die Besitzverhältnisse stark konzentriert worden. Öffentliche Interessen erheischen bereits vor Jahren ein Eingreifen des Staates, um das Stilllegen gewisser Kohlenbergwerke und die Nichtausnutzung gemuteter Kohlenfelder zu verhindern. Öffentliche Interessen waren auch maßgebend für die Zwangskartellierung des Kalibergbaues und der Kaliindustrie. Wenn irgendwo, so sind hier alle Voraussetzungen für die Verstaatlichung von Produktionszweigen gegeben und auch die Arbeiterschaft des Kohlen- und Kalibergbaues fordert dieselbe seit Jahren. Es wird

freilich harte Kämpfe gegen die mächtige Gruppe der Zechenherren kosten, die schon das Eintreten des preußischen Handelsministers für Zwangseinigungsämter während des Krieges mit schweren Ausfällen gegen die Regierung beantworteten. Aber sollte das Deutsche Reich, das einem Welttruf von Staaten die Stirn geboten hat, wirklich vor den Stirndorf, Stinnes und Thyssen angstvoll ins Mauljoch kriechen?

Auch die künftige Entwicklung der Ausnutzung der Kraftquellen, wozu die Kohlenlager in erster Linie gehören, im öffentlichen Interesse legt diese Verstaatlichung nahe. Die Schaffung großer Ueberlandcentralen in den Kohlenrevieren und an den Wasserläufen bringt große Städte in Abhängigkeit von einigen Kapitalistengruppen, ein Zustand, der dem öffentlichen Interesse durchaus abträglich ist. Bei den Kalischätzen besteht die Gefahr einer unsinnigen Verschleuderung ins Ausland, zum Nachteil der deutschen Bodenkultur, deren Bedeutung gerade durch den Weltkrieg evident geworden ist. Hier muß mit ganzer Hand zugegriffen werden und der Ruf: „Die Erdschätze gehören der Nation“ muß so allgemein werden, daß jeder Widerstand des Privatkapitals aussichtslos wird.

Auch die Gruppe der Rüstungsindustrie ist zum großen Teile monopolreife. Auszuscheiden wären höchstens die Branchen der Militärbekleidung und Lederausrüstung, weil hier die Betriebszersplitterung noch in weitem Umfange besteht und auch die übrige Lederindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Aber die Herstellung von Kanonen und Handfeuerwaffen, Panzerplatten und Kriegsschiffen, von Pulver und Munition, von Flugzeugen und Kriegsaufomotoren könnte nicht nur sehr gut aus wirtschaftlichen Gründen verstaatlicht werden, sondern sie müßte es schon längst aus strategischen Gründen sein. Ueber die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Industrie mögen weit auseinandergehende Auffassungen bestehen. Sicherlich sind in diesen Unternehmungen in den letzten Jahrzehnten Riesengewinne gemacht worden, und besonders die Firma Krupp in Essen hat es verstanden, sich ihre Erzeugnisse vom Deutschen Reich recht anständig bezahlen zu lassen. Es ist aber keineswegs die Absicht der friedlich gesinnten Schichten der Bevölkerung, das Rüstungstempo der letzten Jahrzehnte ins Unendliche fortzusetzen. Mit einer erheblichen Einschränkung der Ueberschüsse auf diesem Gebiete wird also bei möglichst dauerndem Frieden gerechnet werden müssen. Aber es war gerade der Privatkapitalismus in den Rüstungsindustrien, der die Kriegsgefahr ständig verschärft hat, indem er auch den Feinden des Reiches Waffen neuester Konstruktion lieferte und dadurch den Wettlauf um die beste Rüstung krampfhaft gesteigert hat. Wir stellen deshalb das strategische Interesse des Reiches an einer Verstaatlichung dieser Unternehmungen über das finanzielle und fordern aus Sicherheitsgründen, daß nach dem Kriege das Verbot der Waffenexporte durch die Uebernahme sämtlicher Waffenfabriken in Reichsverwaltung ersetzt wird.

Nur durch Monopole in dem erwähnten Umfange lassen sich die enormen Kosten decken, die der Weltkrieg dem deutschen Volke auferlegt hat. Um diese Verstaatlichungen durchzuführen, bedarf es einer ebenso klugen wie energischen Reichsregierung. Wir zweifeln nicht daran, daß die letztere Männer besitzt, die sowohl über die nötige Sachkenntnis als auch über die erforderliche Energie verfügen, besonders wenn das eiserne Ruch dahintersteht. Wer sie

haben auch mit ganz außerordentlichen Widerständen zu rechnen, denn die Nutznießer dieser Unternehmungen werden sich nicht mit vaterländischer Begeisterung diesem Verlangen fügen. Deshalb ist es angebracht, rechtzeitig die öffentliche Diskussion auf diese Probleme zu lenken, um die staatlichen Notwendigkeiten durch den einmütigen Volkswillen zu unterstreichen und eine Propaganda zu entfalten, die die private Interessenpolitik isoliert und entwaffnet.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Handwerker der Preussisch-Hessischen Eisenbahn-Werkstätten.

Den Arbeitern und Handwerkern der Königl. Eisenbahnwerkstätten war es streng untersagt, Mitglied der freien Gewerkschaften zu sein. Früher unternommene Versuche, die Metallarbeiter trotzdem für den Metallarbeiterverband zu gewinnen, scheiterten in Preußen fast vollständig, und langjährige Mitglieder der Gewerkschaften mußten all ihre erworbenen Rechte aufgeben, wollten sie in den Eisenbahnwerkstätten in Arbeit treten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte unumwunden im Abgeordnetenhaus, daß er streng darauf achten werde, daß keiner der Werkstättenarbeiter sich in den freien Gewerkschaften organisiere.

Der Krieg hat nun aber auch hier eine Wendung zum Besseren gebracht. In einer Rede zum Reichshaushaltsetat hat der Staatssekretär Dr. Delbrück die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften öffentlich lobend hervorgehoben und ganz besonders betont, daß ohne Gewerkschaften unser gesamtes Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.

Auf Grund dieser Anerkennung durch den Staatssekretär wandte sich der Bevollmächtigte der Breslauer Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes an den Präsidenten der Breslauer Eisenbahndirektion unterm 22. März mit dem Ersuchen, die Einstellung in den Bahnwerkstätten nicht mehr von einem eventuellen Austritt aus dem Metallarbeiterverband abhängig zu machen und den in den Werkstätten bereits Beschäftigten die Koalitionsfreiheit zu gewähren. Es wurde noch hervorgehoben, welche großen Verluste dem einzelnen durch den zwangsweisen Austritt erwachsen und in welchen Gewissenskonflikt die Leute getrieben werden. In der Zeit des Burgfriedens und des gegenseitigen Vertrauens mußten solche Sachen verschwinden.

Am 10. Mai wurde der Antragsteller für den 14. Mai, vormittags 11 Uhr, zu dem Königl. Ober- und Geheimen Regierungsrat Melcher's geladen, um die Antwort mündlich entgegenzunehmen.

Die Antwort war kurz, aber bestimmt. Sie lautete:

„Seit Ausbruch des Krieges werden den Arbeitern und Handwerkern der Königl. Preussisch-Hessischen Eisenbahnwerkstätten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband keinerlei Schwierigkeiten mehr bereitet.“

Diese Antwort ist hoch erfreulich und zeugt von einer Wandlung zum Besseren in der Beurteilung der Tätigkeit der Gewerkschaften. Leider mußte diese Sinnesänderung teuer erkauft werden, erst der jetzt tobende entsetzliche Krieg zwang die leitenden Kreise, die Arbeiter der Königl. Werkstätten als

gleichberechtigt anzuerkennen und die im Gesetz verbürgten Rechte auch ihnen zuzugestehen.

Hoffen wir, daß die Eisenbahn-Werkstättenarbeiter nun von dem ihnen zustehenden Recht ausnahmslos Gebrauch machen.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Kriegstatistik des Bauarbeiterverbandes vom 31. März erstreckt sich auf 888 Zweigvereine mit 808 866 Mitgliedern am 30. Juni 1914. Nicht berichtet hatten 25 Zweigvereine mit 696 Mitgliedern. Zum Kriegsdienst sind 128 211 Mitglieder eingezogen. Von diesen Eingezogenen sind 5379 als gefallen gemeldet und 691 sind wegen Verwundungen, 1404 aus sonstigen Ursachen ausgeschieden. Pro 1000 Mitglieder sind 415 eingezogen und 42 gefallen. Die Zahl der eingezogenen Mitglieder ist in Wirklichkeit höher, weil nicht alle sich bei den Verbandsinstanzen abgemeldet haben. Die Zahl dieser wurde am Jahresluß auf 20 000 bis 25 000 geschätzt. — Die Arbeitslosigkeit in den Verbänden war am 3. Mai auf 2,38 Proz. der berichtenden Mitglieder zurückgegangen gegen 3,28 Proz. in der vorhergehenden Woche.

Ueber eine nicht uninteressante Aktion des Romanischen Verbandes der schweizerischen Buchdrucker zur „Eroberung“ des internationalen Buchdruckersekretariats im Weltkriege berichtet der „Korrespondent“. Zum Anlaß zu diesem Feldzuge wurde die Internierung des in Stuttgart ansässigen internationalen Sekretärs Stautner genommen. Dieser ist geborener Lothringer, hat sich aber während seines Aufenthalts in Frankreich dort naturalisieren lassen und ist deshalb interniert worden, nachdem die Franzosen begonnen hatten, die Deutschen in Frankreich zu internieren. Der Romanische Verband versandte nun ein Rundschreiben an die dem Sekretariat angeschlossenen Verbände mit dem Antrage, das Sekretariat in ein neutrales Land zu verlegen, damit die internationalen Beziehungen aufrecht erhalten werden können. Dieser Antrag hat nach dem Rundschreiben auch die Billigung des Schweizer Verbandes gefunden und anscheinend ist man wohl in der Schweiz der Meinung, daß gerade dieses Land für das Sekretariat der geeignete Sitz sein würde. Daß ein beträchtlicher Teil der Schweizer Arbeiterführer den Begriff „Neutralität“ in Deutscherhege umgewandelt hat, macht dieser Auffassung keinen Abbruch. Nicht ganz der gleichen Meinung waren jedoch die angeschlossenen Verbände. Von 17 befragten Verbänden haben 14 geantwortet. Belgien, Kroatien und Finnland antworteten nicht. Für die Verlegung stimmten 6 Verbände mit 25 000 Mitgliedern, gegen die Verlegung 7 Verbände mit über 100 000 Mitgliedern. Ein Verband enthielt sich der Abstimmung. Gegen die Verlegung stimmten neben Deutschland, Oesterreich und Ungarn die skandinavischen Länder, die ihre Abstimmung u. a. damit begründeten, daß es schwierig sei, vorauszusagen, welches Land vom gegenwärtigen Kriege verschont bleiben werde. Der deutsche Verbandsvorstand erklärte, in dem Rundschreiben eine Begründung dafür zu vermissen, daß durch die Verlegung ein besseres Funktionieren der internationalen Beziehungen während des Krieges ermöglicht wird. Der Krieg selbst behindert die Tätigkeit der durch ihn betroffenen nationalen Verbände und damit auch die inter-

nationalen Beziehungen. Die Verlegung könne also lediglich aus Groll gegen Deutschland erfolgen. Der Vorstand fühlt sich frei von solchem Haß und Groll gegen die Kollegen des Auslandes und lehnt daher die Sitzverlegung ab. Zum Schluß erklärt der Vorstand:

„Sollten tatsächlich einzelne Verbände aus Kleinlichem und unberechtigtem Haße gegen den jetzigen Sitz des Internationalen Sekretariats ihre Verbindungen mit letzterem lösen, so würde der deutsche Verband zu prüfen haben, ob die Aufrechterhaltung dieser Institution sich weiter notwendig erweist — der deutsche Verband kann sie am leichtesten entbehren — und dann je nach Ausfall dieser Prüfung seine weiteren Maßnahmen treffen.“

Wir halten diese Stellungnahme des Vorstandes unseres Buchdruckerverbandes für ebenso deutlich wie angemessen.

Der Fabrikarbeiterverband veröffentlicht im „Proletarier“ die wichtigsten Zahlen aus der Jahresstatistik für 1914. Die Mitgliederzahl betrug bei Beginn des Jahres 207 384 und am 31. Dezember 130 341. Eingezogen waren 56 106 Mitglieder oder 27,0 Proz. Eingetretene sind im ersten Halbjahr 28 481, im zweiten Halbjahr 5815 Mitglieder. Ausgeschieden sind 52 876 Mitglieder, so daß der Effektivverlust 20 937 beträgt, das sind 10,1 Proz. der Mitgliederzahl zu Beginn des Berichtsjahres. Die Zahl der Ausgeschiedenen ist geringer als in den Vorjahren; sie betrug 58 680 im Jahre 1913, 60 734 im Jahre 1912 und 59 232 im Jahre 1911. Der Mitgliederverlust wurde also durch die geringere Zahl der Neueintretenden verursacht, die nach Kriegsausbruch auf ein Minimum herabging. Der Markenumsatz betrug pro Mitglied 45,80 gegen 47,21 im Vorjahre. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Eintrittsgeldern usw. beliefen sich auf 3 935 365 Mk. (im Vorjahre 4 534 784 Mk.). Der Rückgang in den Einnahmen war jedoch schon im ersten Halbjahre eingetreten mit 8449 Mk. im ersten und 65 348 Mk. im zweiten Quartal. Im dritten Quartal betrug die Mindereinnahme schon 148 725 Mk. und im vierten Quartal 376 857 Mk. Dagegen sind die Ausgaben erheblich gestiegen; sie betragen insgesamt 4 431 339 Mk. gegen 3 825 239 Mk. im Vorjahre. Für Unterstützungen wurden 3 275 325,81 Mk. ausgegeben gegen 2 515 012,14 Mk. im Jahre 1913. Auf die verschiedenen Unterstützungsabweige entfielen:

Unterstützungen	1914 Mk.	Zusammen 1913 Mk.
Streitunterstützung	524 502,27	776 888,75
Gemäßregeltenunterstütz.	43 786,74	55 809,07
Krankenunterstützung	809 235,33	1 066 124,28
Arbeitslosenunterstützung	1 331 775,30	427 489,38
Reiseunterstützung	28 190,36	38 754,29
Umgangsgeld	33 398,88	44 061,36
Notlagen- und Kriegsunterstützung	390 777,49	3 898,65
Sterbegeld	104 890,20	91 262,90
Rechtsschutz	8 769,24	10 724,06
Summa	3 275 325,81	2 515 012,14

Die Not- und Kriegsunterstützung, die einen Betrag von 390 777 Mk. erreichte, enthält auch die vom Verbands gezahlte Unterstützung der Familien der eingezogenen Mitglieder. Zu diesen Ausgaben für Unterstützungen kommen noch die Aufwendungen der Lokalkassen für den gleichen Zweck, die im Berichtsjahre 369 114 Mk. betragen gegen 207 156 Mk. im Vorjahre. Der Krieg hat somit erhebliche

Ansprüche an die Verbandsfinanzen gestellt. Der Vermögensbestand der Hauptkasse ist unter diesen Einwirkungen des Krieges von 3 860 523 Mk. im Vorjahre auf 3 364 549 Mk. am Schluß des Berichtsjahres zurückgegangen. Dazu kommen 817 430 Mk. Lokalkassenbestände, so daß der Verband am Schluß des Kriegsjahres immer noch über eine ganz ansehnliche finanzielle Rüstung verfügte.

Der Gutmacherverband hatte am 9. Mai 6456 Mitglieder in Arbeit (Vorwoche 6571), 2040 Mitglieder waren arbeitslos (1971) und 1913 Mitglieder (1898) zum Kriegsdienst eingezogen. Eine rege Agitation wird zurzeit betrieben, um während der Saison die bisher dem Verbands fernstehenden Berufsgruppen zu organisieren. Die Nr. 16 des Verbandsorgans ist für Werbearbeit besonders zweckmäßig redigiert worden.

Ueber die Lohnbewegungen des Malerverbandes im Jahre 1914 entnehmen wir dem „Vereinsanzeiger“ folgende Zahlen: Es wurden 74 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 76 Orte und 780 Betriebe und 3051 Beschäftigte erstreckten. 30 Bewegungen mit 1960 Beteiligten verliefen ohne Arbeitseinstellung. Kämpfe wurden in 29 Fällen geführt, darunter 8 Abwehrstreiks und 3 Auspersungen. In 15 Fällen wurde der Verband durch andere Lohnkämpfe in Mitleidenschaft gezogen. Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen beliefen sich auf 66 732 Mk. Für 1032 Personen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um zusammen 2451 Stunden wöchentlich erreicht. Lohnerhöhungen erreichten 2415 Personen im Betrage von 4171 Mk. wöchentlich. Dazu kommt noch die erfolgte Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Außer dem Reichstarif, der für die meisten Orte eine Regelung geschaffen hat, sind noch lokale Tarife vorhanden. Im Berichtsjahre wurden 34 solcher Verträge abgeschlossen.

Am 24. April hatte der Metallarbeiterverband 293 973 Mitglieder in 423 berichtenden Filialen. Ein Mitgliederabgang von 3583 wurde gemeldet, darunter 1796 zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder. Arbeitslos waren 1,6 Proz. der Mitglieder gegen 1,5 Proz. in der Vorwoche.

Der Porzellanarbeiterverband berichtet über 8920 Mitglieder am 1. Mai gegen 9340 am 3. April. Völlig erwerbslos waren 1202 Mitglieder oder 13,47 Proz. (12,78 Proz.), beschränkt beschäftigt waren 4635 = 51,96 Proz. (58,95 Proz.) und voll beschäftigt 3083 = 34,56 Proz. (28,26 Proz.). Zum Kriegsdienst sind 5001 (4781) Mitglieder eingezogen.

Zur Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

bemerkt das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission, die „Gewerkschaft“, folgendes:

„Die ausdrückliche Feststellung, der vorstehende Antrag sei nicht von „irgendwelcher persönlicher Animosität gegen das deutsche Volk“ diktiert und er basiere auch nicht auf Vorwürfen gegen die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ist sehr löblich. Trotzdem erscheint es uns nicht als überflüssig, daran zu erinnern, daß der Bestand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der mit seinem jeweiligen Sitz steht und fällt, nicht von dem Grade des Freimutes und des Zutrauens abhängig gemacht werden kann, mit dem unsere Genossen in diesem oder jenem Land nach irgendeiner Stadt gehen können.“

Dem neuen Verbands, der nach dem Kriege mit 30 000 und mehr Mitgliedern die stärkste Gewerkschaft in der Schweiz sein wird, die er allerdings mit weniger Mitgliedern auch heute schon ist, wünschen wir Blühen und Gedeihen, viele Erfolge zugunsten der Metall- und Uhrenarbeiter.

Aus den Verhandlungen der Generalversammlung der fakultativen Krankenkasse des Metallarbeiterverbandes ist zu entnehmen, daß sie im Jahre 1914 einen Staatsbeitrag von 12 000 Franc vom Bunde erhalten hat.

Der 1. Mai in Frankreich.

Seit dem Ausbruch des Krieges ist zum ersten Male anlässlich des 1. Mai eine Nummer des Organs der französischen Gewerkschaftscentrale, der „Voix du Peuple“, erschienen. Die Nummer enthält außer einem Leitartikel von Jouhaux einen historischen Ueberblick über die Friedensaktion der französischen Gewerkschaften vor dem Kriege, während der diplomatischen Spannung, die dem Krieg unmittelbar vorausging, und über die internationalen Beziehungen während des Krieges. Es ist bekannt, daß die internationalen Gewerkschaften bisher die Versuche der französischen Gewerkschaften, Fragen der Taktik auf den Konferenzen der gewerkschaftlichen Landescentralen oder auf allgemeinen Gewerkschaftskongressen zu behandeln, abgelehnt haben, und zwar deshalb, weil diese Fragen von den internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongressen diskutiert werden. Zu diesen Fragen gehört auch der Antimilitarismus, der wiederholt Gegenstand der Verhandlungen der internationalen Kongresse gewesen ist. Das Organ der Konföderation verschweigt in seinem historischen Ueberblick diese Tatsache absichtlich, um dann zu dem Schlusse zu kommen: „Aus diesem Rückblick geht hervor, daß Deutschland sich immer jeder Diskussion verschlossen hat, geeignet, die Länder über ihre respektiven Absichten im Falle eines kriegerischen Konflikts aufzuklären und daß es darin von den anderen Ländern unterstützt wurde“.

Ebenso wird von den Versuchen, deutsch-französische Friedensmanifestationen zu organisieren, berichtet. Es wird die Ablehnung im Jahre 1906 — wegen Beiseitelassung der sozialistischen Partei Frankreichs — erwähnt, die späteren Manifestationen, als der Weigerungsgrund nicht mehr bestand, werden jedoch verschwiegen. Wir wollen dazu in dieser tragischen Stunde weiter nichts sagen, als daß der Bericht ebenso vollständig und korrekt ist wie die verschiedenfarbigen diplomatischen „Bücher“, die anlässlich des Krieges erschienen sind. — Wir halten uns für verpflichtet, einen Satz aus dem Bericht herauszugreifen. Es heißt da, daß in der Zusammenkunft (im Januar 1906) mit der deutschen Generalkommission dem französischen Delegierten (Griffuelhes) erklärt worden ist: „Gegen Frankreich würden wir niemals einen Krieg gestatten, gegen Rußland würden wir ihn akzeptieren“.

Es ist über diese Zusammenkunft von Griffuelhes und anderen schon viel geschrieben und geredet worden; wir haben persönlich mit Griffuelhes darüber wiederholt diskutiert, niemals aber haben wir von diesem oder einem ähnlichen Ausspruch gehört oder gelesen. Uebrigens ist der Ausspruch an sich so sinnlos, so widerspruchsvoll, daß wir ihn schon deshalb für unmöglich halten. Doch davon ganz abgesehen, ist es im höchsten Grade bedauerlich, daß die „Voix du Peuple“ einen vielleicht mißverständenen Ausspruch jetzt nach

neun Jahren vollständig isoliert wiedergibt und als „historischen Beweis“ aufmarschieren läßt. Daß die „Voix du Peuple“ die Friedensmanifestationen der deutschen Arbeiter während der diplomatischen Spannung, die dem Kriege vorherging, verschweigt, mag auf Unkenntnis der Tatsachen beruhen, obwohl diese Nachblättern der „Humanité“ und der „Bataille Syndicaliste“ ergeben würde.

Wir halten es nicht nur für das gute Recht, sondern für die einfache Pflicht der französischen Konföderation, Rechenschaft über ihre Tätigkeit zur Verhinderung der furchtbaren Katastrophe abzulegen. Wir stehen nicht an, wiederholt zu erklären, daß die französischen Gewerkschaften alles getan haben, was in ihren Kräften stand, um den Krieg zu verhindern. Aber die Wahrheit, auch wenn sie schmeichelhaft ist, über sich selbst zu sagen, darf nicht verleiten, die Tätigkeit anderer in ein falsches Licht zu stellen, selbst wenn es nur ein negatives Licht ist und die eigene Stellung in einem um so schöneren Lichte erstrahlen läßt. In anderen Zeiten hätten wir gesagt: „Das ist schließlich menschlich“. Aber jetzt? ...

Das Pariser Gewerkschaftskartell hatte zum Abend des 1. Mai die Mitglieder der Pariser Gewerkschaften zu einer Versammlung in den neuen Saal des Gewerkschaftshauses einberufen. Seit acht Monaten harrete der Saal seiner Einweihung. Die tragischen Umstände hatten diese bisher verhindert. Der einfache Bau, der mit den Beiträgen der Pariser Gewerkschaften errichtet worden ist, enthält über 3000 Sitzplätze. Er macht trotz seiner Einfachheit einen freundlichen und fast eleganten Eindruck. Wohl über 2000 Mitglieder waren dem Rufe des Pariser Gewerkschaftskartells gefolgt. Bled, Sekretär des Kartells, Lefèvre, Sekretär der Föderation der Juweliere, Jouhaux, Sekretär der Konföderation, und Ben Tillet von den englischen Transportarbeitern, der der Versammlung als Gast bewohnte, hielten Ansprachen. Die Redner betonten mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der internationalen Organisation. Jouhaux wandte sich besonders gegen die Versuche der französischen Reaktion, den Krieg zu ihren Gunsten auszuheulen. „Wir empfinden keinen Haß gegen das deutsche Volk und wir sind gegen jede Eroberungspolitik“ war das Leitmotiv seiner Rede. Eine Resolution im Sinne der Ausführungen Jouhaux' wurde einstimmig angenommen.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Zechenherren gegen die Bergarbeiterforderungen.

Auf die im „Corr.-Bl.“ Nr. 18 mitgeteilte Eingabe der vier Bergarbeiterverbände um eine Lohnerhöhung hat der Zechenverband am 27. April folgende Antwort erteilt:

„Ihr Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage in Höhe von 60 Pf. für den verheirateten und 40 Pf. für den unverheirateten Arbeiter wird mit der für die Belegschaften infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise gegenwärtig bestehenden schwierigen Lage wie mit dem Hinweis auf die amtliche Lohnstatistik begründet, die für das letzte Jahresviertel 1914 gegenüber dem 2. Viertel einen Lohnrückgang von durchschnittlich 19 Pf. für eine Schicht erkennen lassen.“

Nach den Rückfragen, die wir bei den uns angeschlossenen Zechen gehalten haben, glauben wir, daß hierbei die durch den Krieg hervorgerufene Verschiebung in

Im übrigen wird über eventuelle Anträge, den zukünftigen Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes neu zu bestimmen, erst die nächste internationale Konferenz der Landessekretäre zu entscheiden haben. Und bis dahin wird hoffentlich schon allerorts ziemlich viel Wasser in den heute so schäumenden Wein gegossen sein."

Ein zweites Internationales Buchbinder-Sekretariat?

In der Schweiz passieren neuerdings merkwürdige Sachen. Da gibt es einige Genossen, die fortwährend über den „Zusammenbruch der Internationale“ jammern, wobei sie vornehmlich den deutschen Genossen die Schuld daran zuschieben, die aber selbst gerade nicht das Klügste tun, um den internationalen Zusammenhalt und die internationale Solidarität zu fördern. Nachdem man schon gegen andere internationale Sekretariate Sturm gelaufen, die von deutschen Genossen verwaltet werden, hat auch der zu Ostern in Basel tagende Verbandstag des schweizerischen Buchbinderverbandes sich berufen gefühlt, in gleicher Richtung zu marschieren, indem er seinen Verbandsvorstand beauftragte zu versuchen, „den internationalen Verkehr wieder herzustellen“, weil angeblich das jetzige Internationale Sekretariat zu sehr in die „nationalen Strömungen mitgerissen“ sei. Dieser Beschluß wurde gefaßt, ohne daß der Vorstand des schweizerischen Verbandes dem I. B. S. (Internationales Buchbinder-Sekretariat) vorher irgend etwas von seiner Absicht mitgeteilt hat, ohne daß man ihm die Möglichkeit geboten hätte, sich verteidigen zu können. Denn die Einladung zum schweizerischen Verbandstag, der bereits am 28. Januar im schweizerischen Verbandsorgan publiziert worden war, ging dem I. B. S. erst am 30. März zu, während der Verbandstag schon am 3. April begann. Das Beste ist noch, daß sich der Verbandstag auf die angeblich vorher gegebene Zustimmung des österreichischen Buchbinderverbandes zu seinem Beschluß berief, wogegen sich dieser nachträglich in seinem Verbandsorgan ganz energisch wandte, da es ihm mit seinem höflichen Begrüßungsschreiben zum Verbandstage gar nicht in den Sinn gekommen sei, dem schweizerischen Verbande eine solche Mission zu übertragen. Dazu hätte auch um so weniger Veranlassung vorgelegen, als das I. B. S. einem anderen Verbandsorgan nur unter Zustimmung der nächsten Internationalen Buchbinder-Konferenz übertragen werden könne.

Warum der schweizerische Verband überhaupt die „unterbrochenen“ Beziehungen wieder aufnehmen will, ist um deswillen rätselhaft, weil die Beziehungen zu allen Organisationen noch aufrechterhalten werden, soweit die postalischen Verbindungen dies zulassen, mit den Organisationen der kriegsführenden Länder aber entsprechende Versuche, die Verbindung zu pflegen, schon vor dem schweizerischen Verbandstage gemacht worden sind, und im übrigen von keinem dem I. B. S. angeschlossenen Verbande weder der Antrag gestellt noch der Wunsch geäußert worden ist, das I. B. S. solle dem Deutschen Buchbinderverbande abgenommen und dem schweizerischen oder einem anderen Verbande übertragen werden.

Bis zum 7. Mai hatte der Vorstand des schweizerischen Verbandes übrigens noch keine offizielle Mitteilung an das I. B. S. ergehen lassen, daß es an dessen Stelle die internationalen Beziehungen zu pflegen beauftragt worden sei. Der ganze Vorgang zeigt zur Genüge, auf welche Irrwege die unverantwort-

lichen Exzesse der Blätter vom Schlage der „Berner Tagwacht“ sonst brave Kollegen führen können. Denn zweifellos tragen derartige Skandalblätter den größten Teil der Schuld an solchen Vorkommnissen.

E. K.

Von der Schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Verschmelzung der Metall- und Uhrenarbeiterverbände. Die durch Wirtschaftskrise und Krieg in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung neuerdings aktuell gewordenen Verschmelzungsbestrebungen haben bereits zu einem großen Erfolge mit der Vereinigung der Verbände der Metall- und Uhrenarbeiter zu dem neuen „Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband“ geführt, der seinen Sitz in Bern hat, wo bisher schon der Metallarbeiter domizillierte, während der Uhrenarbeiterverband seinen Sitz in Biel hatte. Der Metallarbeiterverband hatte Ende 1913 16 495 und der Uhrenarbeiterverband 15 878, zusammen 32 373 Mitglieder. Die Vereinigung wurde am letzten Sonntag auf dem Metall- und Uhrenarbeiterkongreß in Bern beschloffen, dem Delegiertenversammlungen der beiden Verbände vorausgegangen waren. Den Verhandlungen hatten auch der internationale Metallarbeitersekretär Genosse Schlicke-Stuttgart, für den Deutschen Metallarbeiterverband Genosse Reichel-Stuttgart, für den österreichischen Metallarbeiterverband Genosse Domes-Wien, für den ungarischen Verband Genosse Banatz, für den dänischen Verband Genosse Hansen, für den schwedischen Verband Johansson und für den norwegischen Verband Genosse Knudsen beigewohnt, so daß eine kleine gewerkschaftliche Internationale beisammen war. Diese sehr gut aufgenommenen Gäste hielten beachtenswerte Ansprachen, die den alten, trotz alledem unverwundlichen Geist der proletarischen Internationale atmeten. Schlicke konstatierte, daß vor allem die gewerkschaftliche Internationale über den Krieg hinweg ihre Aufgaben erfüllen werde, wie ja auch der Kapitalismus bis auf weiteres fortbestehen bleibt. Reichel berichtete vom Deutschen Metallarbeiterverband, daß er im Jahre 1914 11 605 000 Mk. für Unterstützungen ausgegeben, davon allein 5 Millionen Mark an Arbeitslose während der fünf Kriegsmomente und 1 100 000 Mk. Notfallunterstützung an die Familien der Wehrmänner. Die Gewerkschaften müssen heute und später um so mehr auf dem Posten sein, als die Unternehmer die Kriegsnöte zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausnützen. Der österreichische Metallarbeiterverband hat nach den Mitteilungen des Genossen Domes von seinen 62 000 Mitgliedern die Hälfte eingebüßt. Die Gewerkschaftsbewegung leidet unter der Willkürherrschaft des Kriegszustandes. Die Mitgliederzahl des ungarischen Metallarbeiterverbandes ist von 29 000 auf 11 000 zurückgegangen. Der Verband hat aber trotzdem seine Errungenschaften aufrechterhalten und fühlt sich gestärkt durch den von der Internationale gebotenen Rückhalt. Der schwedische Metallarbeiterverband hat mit 31 000 Mitgliedern fast die Höhe von 34 000 im Jahre 1909 vor der großen Aussperrung wieder erreicht, auch verfügt er wieder über ein Vermögen von 1 100 000 Kronen. Der dänische Vertreter erklärte, daß die demokratische Verfassungsreform auch der Gewerkschaftsbewegung zugute kommen werde und er teilte ferner mit, daß die Tarifverträge des Verbandes mit dem 1. Januar 1916 ablaufen. So erlangte der schweizerische Kongreß auch internationale Bedeutung.